

# Solidarität

Nummer 147

Juni 2020

*unsere Chance*

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://prosv.akis.at> \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

**Covid-19**

## „Machtübernahme durch das Virus“?

(Zitat aus „Kurier“-Leitartikel vom 16. Mai 2020)

*Die Maske „schützt“*



*Die Maske fällt*



*Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...*

# Die Masken fallen I

**Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Türkis-Grüne Regierung, allen voran Bundeskanzler Kurz, unter tatkräftiger Schützenhilfe der meisten Zeitungen und des ORF als Retter der Nation, der Alten und Gebrechlichen, inszeniert.**

Schon während der Akutphase und besonders jetzt, wo immer mehr Details im Nachhinein bekannt werden, kommt heraus, dass die Regierung zu spät, zu chaotisch, intransparent, sich allwissend und besserwisserisch gebend, von oben herab, mit Ablenkung von eigenen gravierenden Fehlern und Unterlassungen (Stichwort Ischgl), bewusste Angstmache, Falschmeldungen über Verbotenes und Erlaubtes, unter offener Verhöhnung von Rechtsstaat, Justiz, Parlament und Demokratie ziemlich autoritär handelte. Zugedeckt wurde das mit der gebetsmühlenartig fast täglich auf Pressekonferenzen wiederholten Floskel, dass allen geholfen werde. Wie war das wirklich? Einige Beispiele:

## Tests

Getestet wird nicht dort, wo es zuallererst notwendig gewesen wäre, bei Ärzten, beim Krankenhaus- und Pflegepersonal, in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen, oder beim Personal in Supermärkten, im Handel, bei der Post. Getestet wurde und wird erst dann, wenn etwas passiert wie in den Post-Verteilzentren oder jetzt, wo es ums Geschäft für die stark lobbyierende Tourismuswirtschaft geht, da sollen schnell, schnell 65.000 Beschäftigte getestet werden.

## Schutz

Für Ärzte, Spitals- und Pflegepersonal, für alle arbeitende Menschen, die nicht ins Homeoffice konnten wie Arbeitende in der Produktion, der öffentlichen Versorgung, der Reinigung, am Bau, in Handel, Verkehr, Landwirtschaft gab es praktisch zunächst keinen Schutz, sie mussten wochenlang ohne die notwendigen Mittel, Ausrüstung und Selbstschutz arbeiten, damit Gesundheitssystem und Versorgung der Menschen in Österreich nicht zusammenbrechen.

## Alte Menschen

Alte Menschen wurden zuerst von Kurz und den Medien zu Corona-

Gefährdeten erklärt, auf die alle Rücksicht nehmen sollen – „wegen“ ihnen seien die Corona-Ausnahmassnahmen notwendig geworden.

Aber jetzt werden alte Menschen zunehmend zu „Gefährdern“ abgestempelt, „wegen“ derer die Jungen ihrer Chancen beraubt würden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgefahren werden konnte und vielleicht bei einer 2. Corona-Welle wieder heruntergefahren werden müsste. Dann müsse man eben die alten Menschen „isolieren“, damit die anderen ungefährdet leben könnten.

Widerlich forderte ein Wirtschaftsredakteur sogar, dass die Pensionist\*innen mit ihren gesicherten Pensionen doch gefälligst zu Hause bleiben sollen, „sonst wird man über bestimmte Ausgehzeiten nachdenken müssen“ (Kurier, 9.4.2020). Alte Menschen also einsperren und abkassieren?

## Hilfen – Ankündigungen helfen nicht

Zuallererst wurde von Türkis-Grün das Epidemiegesetz 1950 außer Kraft gesetzt – es hätte genau für solche Pandemien wie es Covid-19 eine ist, Entschädigungszahlungen gegeben.

Dann wurde fast genauso oft und wie die Verkündung der „Corona-Zahlen“ durch die aufmarschierenden Minister und Kanzler Kurz jede einzelne geplante Hilfsmaßnahme öffentlichkeitswirksam angekündigt.

Doch von den bis jetzt in Summe angekündigten 38 bis 46 Mrd. Euro Hilfe (Direktzahlungen, Kredithilfen usw.) waren Mitte Mai z.B. von den für die Finanzierung der Kurzarbeit (1,3 Mio. Menschen sind von den Firmen dazu angemeldet) vorgesehenen 12 Mrd. Euro erst knapp 0,5 Mrd. Euro an die Firmen ausbezahlt.

Gleichzeitig gab es bis Mitte Mai bei Kontrollen zur Kurzarbeit in jedem 4. Betrieb Missstände, Millionenbetrug von Unternehmern wird befürchtet (Kronen Zeitung, 10.5.2020).

Die 1,3 Mio. Kurzarbeiter\*innen erhalten um 10 bis 20 Prozent weniger Lohn oder Gehalt. Zu den schon 400.000 Arbeitslosen kamen in den ersten zwei Wochen des Ausnahmezustandes 200.000 Menschen dazu, die gleich gekündigt wurden. Sie verlieren fast die Hälfte ihres Einkommens.

**Das heißt, rund die Hälfte (!) aller unselbständig Erwerbstätigen sind derzeit arbeitslos oder in Kurzarbeit und von Arbeitslosigkeit bedroht.**

Wirtschaftsexpert\*innen gehen davon aus, dass die überwiegende Zahl der neuen Arbeitslosen im Zuge der Corona-Maßnahmen sehr lange nicht oder überhaupt nicht mehr in einen Job kommen werden.

Die mit der Regierung abgestimmte jüngste Sozialpartnervereinbarung zwischen Wirtschaftskammer und AK/ÖGB für die Verlängerung der Kurzarbeit um 3 Monate bis Ende September ermöglicht den Firmen auf die einmonatige Behaltefrist nach Ende der Kurzarbeit zu verzichten.

Zwar wurde die Notstandshilfe befristet bis zum Jahresende 2020 auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angehoben, doch wie soll man da Einkauf, Miete, andere laufende fixe Lebenskosten bezahlen? Bei der Forderung von SPÖ, AK, ÖGB und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, das Arbeitslosengeld von derzeit 55% auf 70% oder 80% des Nettogehalts bzw. Nettolohns zu erhöhen, stellt sich die Regierung taub.

Viele Familien warten bis heute auf die ihnen versprochene Härtehilfe. Freiberufler, „Neue Selbständige“, Einpersonen-Unternehmen (EPU) – zusammen rund 300.000 Menschen – haben bis jetzt nichts oder nur 500 Euro aus dem vielpropagierten Härtefonds erhalten.

## Zweierlei Maß

Wir hörten, dass wir uns alle an die Corona-Schutzmaßnahmen halten

müssen und wurden im Falle der Nichtbefolgung mit hohen Strafen bedroht. Doch wer hält sich nicht daran?



Zum Beispiel der Bundeskanzler beim Besuch im Kleinwalsertal in Vorarlberg samt dort versammelten Bürgermeistern und Landeshauptmann: kaum Masken, wenig bis kein Abstandhalten.

Der Bundespräsident vergisst auf die Sperrstunde in einem Schanigarten.

Eine Party wird in einem Promi-Szenelokal des Kurz-Freundes Martin Ho entgegen den Corona-Regelungen abgehalten.

In Tirol wurden nicht nur die Warnungen aus Skandinavien und Deutschland wegen Ischgl als Corona-Hoch-Infektionsherd missachtet, auch Informationen der eigenen Bundesregierung wurden ignoriert.

Längst nach Abklingen der Corona-Neuinfektionen wird Wien von der Regierung als Infektionsherd kritisiert, während Bundeskanzler Kurz in Deutschland Ischgl verharmlost, Italiener in München als Corona-Verbreiter in Europa ausmacht.

Ausländische Jagdpächter in Tirol wurden zu „Pendlern“ erklärt, damit sie nicht in Quarantäne müssen. Und vieles mehr.

### **„Corona-Demokratie“ – Demokratie ist, was die Regierung bestimmt**

Regierung und Konzerne wollen uns die in akuten Zeiten des Virus sinnvolle „räumliche Distanz“ auf Dauer als „soziale Distanz“ im Namen von Gesundheitsschutz verordnen: mit noch mehr Überwachung (Corona-App), Demokratieabbau, willkürlicher Einschränkung von Freiheits-, Versammlungs-, Arbeits- und sogar Wahlrechten. So wurden

Betriebsratswahlen bei den Firmen Anton Paar GmbH in Graz oder Schiebel GmbH wegen der Corona-Virus-Maßnahmen gerichtlich vorerst untersagt. Die Gemeinderatswahlen in Vorarlberg und der Steiermark wurden verschoben. Die NÖ-Landarbeiterkammerwahl wurden ganz abgesagt und ein Wahlergebnis in schwarz-roter Päckelei einfach per Dekret diktiert.

So wird ein politischer Rechtsruck im Gewand von „Corona-Schutz“ durchgezogen. Die ebenso rechte FPÖ – man erinnere sich an Kickl als Innenminister mit seinen Überwachungstotalitarismus – stellt sich auf einmal als Gralshüterin der Freiheit hin. In Wirklichkeit wetteifern die in der autoritären Tradition eines Austrofaschisten Dollfuß stehenden Türkisen rund um Kurz, Blümel, Nehammer, Wöginger, Tanner und Co mit den in der Tradition der deutschnationalen Faschisten stehenden Blauen: Wer ist der „Härtere“, wer schickt mehr Polizei und Militär auf die Straße – und vielleicht sogar in die Wohnzimmer, wie der dann zurückgezogene „Ostererlass“ erlaubt hätte.

**Weder noch mehr Polizei, oder noch mehr Militär schützt gegen die Corona-Pandemie, sondern nur eine vorausschauende, ausreichend finanzierte demokratische Sozial- und Gesundheitspolitik!**

Wir sollen das unwidersprochen hinnehmen und vor allem gleichzeitig brav kaufen und weiter hackeln, mit weniger Geld und unter erschwerten Arbeitsbedingungen mit noch weniger Arbeitsrechten, mit Deregulierung und Flexibilisierung wie es Kurz angekündigt hat als Voraussetzung für das „Wiederaufstehen“ in der „neuen Normalität“.

Kurz und Kogler verordnen uns die gesteigerte Form eines jahrzehntealten Verkaufsslogans: Kusch und kauf! Das nutzt Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Unternehmern, Konzernen, der FPÖ und noch rechteren Kreisen.

### **„Corona-Demokratie“ befördert die Rechtsextremen**

Die Menschen haben im Zuge der Corona-Maßnahmen gesehen, wie schnell und ohne Diskussion oder parlamentarischer oder demokratischer Kontrolle per Verordnungen und Erlässen über Nacht, oft unverständlich, übermäßig, einseitig für bestimmte Lobbys von oben herab Maßnahmen gesetzt wurden. Es wurden die Freiheits- und Versammlungsrechte massiv einschränkt bzw. ausgesetzt. Medien wurden praktisch gleichschaltet, Polizei und Militärpräsenz erhöht, hart und hoch gestraft, usw.

Diese „Coronapolitik“ wie sie auch bei uns von Kurz-Kogler umgesetzt



wird, spielt den Rechtsextremen und Faschisten überall in Europa in die Hände. Schon jetzt, im Zuge der Covid-19-Pandemie haben sich viele rechte und rechtsextreme Gruppierungen in, um und rechts von FPÖ und AfD als „Hüter der Demokratie“ gegen die „Kurz-Diktatur“, gegen die „Merkel-Diktatur“ bemerkbar gemacht. Sie wollen den berechtigten Unmut der Menschen in ihre parteipolitischen Bahnen lenken.

Eigentlich setzt die Türkis-Grüne Regierung Maßnahmen, die FPÖ, AfD, Identitären und andere Rechte sonst gerne selbst machen gegen Andersdenkende. Wenn sie aber nicht an der Macht sind, kritisieren sie das. Die parlamentarischen wie die außerparlamentarischen Rechten streiten sich nur um die Macht mit den Konservativen, den Regierungs-Rechten, wer der „bessere Diktator“ ist. Die wirklichen Anliegen der

arbeitenden Menschen sind auch ihnen egal und zuwider, wie man ja bei der FPÖ unter Türkis-Blau zuletzt auch gesehen hat: Kürzung der Mindestsicherung, Enteignung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, 12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche und vieles mehr im Interesse der Unternehmer, der Wirtschaftskammer und der Industrie.

## Die Masken fallen II

### Die Beweggründe und die politischen Langzeitfolgen zum Schaden der Bevölkerung

Jetzt, wo die Masken fallen, sieht man zunehmend deutlicher die Beweggründe und die zum Teil gewollten politischen Langzeitfolgen zum Schaden der gesamten Bevölkerung: Angst, Überwachung (App), Gewöhnung an massiven Polizei- und Militäreinsatz, säen von Misstrauen, Spaltung zwischen Jung und Alt und vor allem Milliardenhilfen für die Wirtschaft und die Ankündigung von harten Einschnitten, drohenden Massenarbeitslosigkeit im Namen von Corona.

Corona kommt den Herrschenden in Konzernen und Regierungen gelegen. So können sie die spätestens seit dem Kollaps der Finanzspekulationen 2008 ausgelöste und sich weiter verschärfende Wirtschaftskrise als Folge der Corona-Pandemie, als „Coronakrise“ hinstellen.

#### Machtübernahme durch das Virus?

„Machtübernahme durch das Virus“, „Corona ist international ein brutaler ‚Gamechanger‘, der eine Neubewertung aller Systeme erforderlich macht“, schreibt der „Kurier“ (Leitartikel, 10.5. und 16.5. 2020). Damit verbreitet er wie auch andere Medien, was Kurz schon Ende April angekündigt hat: In Österreich soll in Zukunft auf „Deregulierung und Digitalisierung“ gesetzt werden (Kurier, 28.4.2020).

Martina Salomon, Chefredakteurin des Kurier (Aufsichtsratsvorsitzender der Zeitung ist Erwin Hameseder, seines Zeichens Raiffeisenboss und Bundesheer-Miliz-Chef) legt dann so

richtig los: Man habe durch Corona gesehen, „wie viel Nachholbedarf man in Sachen Digitalisierung“ habe. Man habe durch Homeoffice gesehen, „um wieviel effizienter ein Betrieb zu organisieren ist“, weshalb jetzt Corona-Arbeitslose und Corona-Kurzarbeiter „nicht mehr in ihre früheren Jobs zurückkehren können“ (andere Jobs wird es kaum geben, Anm. d. Red.), weil sich die Firmen die Lohnkosten schlicht nicht mehr leisten können oder wollen. Und weil im Windschatten der Krise die Trennung von Mitarbeitern, die schon länger nicht mehr den Ansprüchen gerecht wurden, leichter fällt.“ (Kurier, 10.5.2020).

#### Umdeutung der Wirklichkeit

Wir sollen glauben gemacht werden, dass das alles nur wegen des Schutzes unserer Gesundheit und unseres Lebens vor dem Virus geschieht und geschehen muss. Diese Umdeutung bringt viele Vorteile für die Herrschenden: Nicht die Absicherung der sinkenden Profite wegen der Über-, Wegwerf- und Zerstörungsproduktion der kapitalistischen Profitwirtschaft sind Schuld an der jetzt drohenden Massenarbeitslosigkeit samt akuter Bedrohung der Existenzgrundlagen für Millionen von Menschen, sondern Corona, will man uns einreden.

Am Kern, der zerstörerischen Profitwirtschaft, soll sich nichts ändern. Noch mehr, sie soll durch einen immer autoritärer werdenden Staat immer aggressiver abgesichert werden. Das ist ein massiver Angriff

auf die Lebensgrundlagen, Rechte und Freiheiten der arbeitenden Menschen im „Virus-Schutz-Mantel“.

Führt die von Kurz angekündigte „neue Normalität“ zu mehr Schutz, zu mehr Vorsorge im Gesundheitssystem, zu Stärkung der Gesundheit der Bevölkerung durch weniger Stress und Armutsgefährdung, weniger Hitzetoten infolge des Klimawandels, weniger Atomunfällen, weniger Toten durch Kriege, weniger Hungertote infolge der Ungleichverteilung auf der Welt?

Soll etwas an den Grundlagen des bisherigen Wirtschaftens geändert werden oder doch nicht? Man weiß ja längst, dass die massenhafte Herstellung minderwertiger, kurzlebiger Produkte unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen quer über die Welt, Globalisierung und Verkehr, Massentierhaltung, Waldrodungen, weltumfassende Agrarkonzerne, Multis, Rüstungskonzerne, rasante Bodenversiegelung, immer mehr städtische Zusammenballungen usw., Natur, Umwelt, Landwirtschaft, Klima, Tier und Mensch bedrohen.

Nach den Plänen der Regierung sollen wir in Bezug auf Pandemien wie schon bei anderen durch die Profitwirtschaft heraufbeschworenen Bedrohungen wie Blackouts, Atom-Super-GAUs, Starkregen, Überflutungen, Felsstürze, Trockenheit, Hunger, Kriege usw. an das „Unvermeidliche“ gewöhnt werden.

Wir sollen an die immer größer werdende Unmenschlichkeit dieser Art des Mensch und Natur

ausbeutenden Wirtschaftens „angepasst“ werden. Und sind wir nicht willig, dann sollen wir mit Angst und Schrecken, mit Überwachung und Diktat dazu gebracht werden oder „isoliert“ werden.

Deshalb sagte Kanzler Kurz vor Ostern, nachdem damals intern bereits klar war, dass die Corona-Infektionen schon seit 4 Wochen, also noch vor dem Beginn der Ausnahmeregelungen zurückgingen: „Es wird 100.000 Tote geben. Jeder wird jemanden kennen, der einen Corona-Toten zu beklagen hat“.

Was war dann der Zweck der Übung, wozu sollten wir gebracht werden, wenn die Gefahr im Sinken war? Gehorchen und im Namen von „Schutz vor dem Corona-Virus“ auf die sich bereits lange vor Corona abzeichnenden negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise schlucken, weil es wegen der „Rettung von Menschenleben“ und zum „Schutz der Alten“ nicht anders gehe. Klar, wer will da noch etwas dagegen sagen?

Kurz und viele andere Regierungen habe die Gelegenheit genutzt, sozusagen einen Feldversuch der „demokratischen Diktatur“ durchzuführen.

### **Die Wirtschaft ist heilig, nicht nur in Tirol**

Die Corona-Toten waren und sind den jeweils Herrschenden so brutal das klingt, nur begrenzt wichtig. Wenn das Gesundheitssystem kollabiert, schieben sich die verschiedenen Ebenen gegenseitig die Schuld zu: Die Wirtschaft dem Staat, der Bund den Ländern, die Länder dem Bund. Die Wirtschaft ist unantastbar, die wird nicht kritisiert. In Ischgl beispielsweise ist niemand Schuld. Mit den Toten wird da wie dort abscheuliche, menschenverachtende Politik gemacht. Hauptsache das Geschäft geht weiter.

Der Kabarettist Niavarani bringt es auf den Punkt: ... *ist es nicht trotzdem erstaunlich an der ganzen Situation, dass die Wirtschaft zugrunde geht wenn die Menschheit 8 Wochen lang sich nur das kauft, was sie wirklich braucht? Ist doch arg, oder? 8*



*Wochen lang nur Lebensmittel gekauft und was man ganz dringend braucht und die Wirtschaft geht zugrunde ...“ (ORF, 8.5.2020, Was gibt es Neues?)*

Genau, so eine Wirtschaft brauchen wir nicht. Diese ist Selbstzweck zur Profitmaximierung!

### **Corona: Vorwand für Vieles**

International wird Corona auch von Kurz als Vorwand genommen, wirtschaftliche Konkurrenten im Namen des Virus schlechtzumachen und zu bekämpfen, z. B. China. Gleichzeitig biedert sich Kurz an die USA an und will Österreich noch mehr an Deutschland ausliefern.

Etwa beim Nachgeben bei der AUA. Das ist im Interesse der deutschen Lufthansa, nicht Österreichs. Das hat schon einmal nicht der AUA, nicht dem Flughafen Wien und schon gar nicht der AUA-Belegschaft genutzt.

Oder bei der Durchtestung des gesamten österreichischen Tourismuspersonals (65.000) um 5,3 Mio. Euro pro Woche auf Staatskosten. Nur auf die Hoffnung hin, dass damit die deutschen Gäste kommen, werden Beschäftigte fast wie Vieh dem Gast als gesund vorgeführt. Und wer testet die Gäste, die dürfen die Angestellten „gefährden“?

Das Polit-Hick-Hack zwischen Kurz und Merkel soll von diesem Ausverkauf an Deutschland ablenken.

Kurz kritisiert zwar die EU-Corona-

Finanzierung, weil er seine FPÖ-Wähler bei der Stange halten will. Gleichzeitig gibt sich seine Wirtschaftsministerin Schramböck in Bezug auf China als stramme „Europäerin“. Auch im Namen von Corona verlangt sie ein Gesetz gegen den Ausverkauf – natürlich nur bei Ausverkäufen an China und nennt dabei z.B. die Schutzmaskenproduktion. Der Ausverkauf österreichischer Firmen an andere Länder in Europa, also z.B. an Deutschland, die USA oder andere Investoren, ist für sie kein Problem.

Treiber für diese „Corona“-Politik, also einer neo-absolutistisch-neo-autoritären Politik im Interesse der Profite vor allem der großen Industrie-, (Luft-)Verkehrs-, Pharma- und Digitalkonzerne (Facebook, Amazon) in der Regierung waren und sind die Türkis-Schwarzen, direkte Handlanger sind die Grünen.

Die Opposition, allen voran die SPÖ, stimmte aus Staatsräson und aus Angst, von Kurz für Corona-Tote verantwortlich gemacht zu werden, den Sondergesetzen zu, um dann von Kurz erst recht vorgeführt zu werden. So hebelte die Türkis-Grüne Regierung gezielt das Epidemiegesetz 1950 aus, das einen verpflichtenden Entschädigungsanspruch des Staates vorgesehen hätte. Damit wurde jede/r zum Bittsteller gemacht und stellte sich die Regierung beinahe jeden Tag mit neuen Ankündigungen von „Hilfspaketen“ als spendabler Retter der Nation hin.

# Die Masken fallen III

## Vom neo-liberalen Casino-Kapitalismus zum neo-autoritären Corona-Kapitalismus

In den letzten 40 Jahren wurde der von den arbeitenden Menschen nach dem 2. Weltkrieg aufgebaute Sozialstaat Stück um Stück angegriffen, geschwächt, abgebaut, letztlich mit dem Ziel, den Sozialstaat ganz zu zerstören. Gemäß dem uraltkapitalistischen Programm des Neo-Liberalismus wird dabei behauptet, dass der Sozialstaat unfinanzierbar sei. Unter dem Schlachtruf: „Weniger Staat, mehr Privat“ wurde und wird mehr Einkommen und Wohlstand für alle versprochen. Gekommen ist gerade das Gegenteil.

In Österreich waren und sind Industrie, Konzerne, Finanzwirtschaft und ihre direkten Vertreter, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖVP, FPÖ, und seit ein paar Jahren NEOS, die aktiven Umsetzer dieser Politik. Schon als Vorleistung zum EU-Beitritt und erst recht dann nach dem EU-Beitritt aufgrund der neoliberalen EU-Vorgaben (z.B. Maastricht 1999, Fiskalpakt 2012 usw.) wurde „liberalisiert“, d.h. privatisiert und ausverkauft (z.B. Verstaatlichte Betriebe, Post, Telekom, Tabak Austria, usw.), wurden „Sparpakete“ und „Reformen“ mit Kürzungen bei Pensionen, Gesundheitsausgaben, Krankenkassen usw. auf Kosten der arbeitenden Menschen umgesetzt.

Wo die SPÖ in Regierungen vertreten war, hat sie diese neoliberale Politik selbst vorangetrieben bzw. mitgetragen, vor allem Vranitzky und Klima und später Gusenbauer, Faymann und Kern. In der Opposition hält die SPÖ dem nicht wirklich etwas entgegen. Auch die Spitzen von ÖGB und AK trugen dazu bei – siehe die massive Beitrittswerbung zur neoliberalen EU! SPÖ, AK und ÖGB versuchten und versuchen nur zu lindern, treten für „soziale Abfederungen“ ein. Denn bis heute hat sich ihr Traum und die Hoffnung von einem „sozialen Europa“, dass sich die neoliberale EU zu einer „Sozialunion“ umgestalten ließe, wie sie bei ihren Mitgliedern verbreiten, nicht erfüllt.

Im Gegenteil, die Realität sieht ganz anders aus. In Wirklichkeit ist die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen, stiegen die Profite und wuchsen und wachsen die Vermögen für die 1% der Reichen und sanken die Einkommen der breitesten Schichten der Bevölkerung. Im Jahr 2019 waren in Österreich schon fast 1,5 Millionen Menschen von Armut und Ausgrenzung gefährdet (Quellen: Statistik Austria, AKOÖ, Armutskonferenz).

Heuer wird die Wirtschaftskrise infolge von Covid-19 die Zahl der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten wohl nochmals erhöhen.

### „Virenschutz für die Wirtschaft“.

Trotzdem fordert WIFO-Chef Badelt einen „Virenschutz für die Wirtschaft“. Wie der aus Sicht der Industrie ausschaut, hat deren Chefökonom Christian Helmenstein z.B. so dargelegt:

Der Handel (immerhin 500.000 Beschäftigte) werde nie mehr so viel Personal wie vor Corona brauchen, gesteigertes E-Commerce werde nicht mehr zurückgefahren, viele Firmen werden nur mehr mit dem Kernpersonal auskommen. Das heißt, jetzt noch Kurzarbeitende werden nachher voraussichtlich nicht mehr gebraucht. Die Folge: ein hoher Sockel an Dauerarbeitslosigkeit. Und siehe da, der Industriellen Sprecher verlangt vom Staat eine „Qualifizierungsoffensive“ und eine Art „neuer Frühpension“ (Quellen: Kronen Zeitung, 18.4.2020).

Der Staat soll für Umschulungen, die dann den Unternehmen wieder zugutekommen und für Kündigungen von Menschen, die die Unternehmer nicht mehr brauchen, die Kosten übernehmen. Das bedeutet die Absicherung der Profite der Unternehmer und des Vermögensstandes der Reichen soll auf Kosten der Steuerzahler\*innen finanziert werden.

### Verstaatlichung der Verluste, Privatisierung der Gewinne

In der Profitkrise ist der sonst so verpönte Staat wieder gut genug: Verstaatlichung der Verluste, Privatisierung der Gewinne wie schon in der Finanzkrise 2008. Damals wurden die Spekulationsverluste der Banken mit Hilfe der Regierung und ihrer Bankenrettungspakete zu Staatsschulden gemacht. Anschließend wurden die Staatsschulden zum Anlass genommen, den „Sparstift“ bei der Masse der arbeitenden Bevölkerung anzusetzen, z.B. durch Leistungs- und Gehaltskürzungen sowie Privatisierungen und Ausverkauf im öffentlichen Sektor oder durch Kürzungen im Gesundheitssystem, bei Kranken-, Unfall und Arbeitslosenversicherungen und bei den Pensionen.

### „Gutscheindemokratie“: Kusch, nimm und kauf

Statt abgesicherten Arbeitsrechten, Einkommen und Lebensgrundlagen greift immer häufiger eine Art „Gutscheindemokratie“ um sich, „Führer“-Zuwendungen á la Haider-, Strache-, Hofer- und Kickl-FPÖ, die jetzt auch die Türkis-Grünen in Zeiten der „Coronakrise“ anwenden. Kurz und Kogler verordnen uns die gesteigerte Form eines jahrzehntealten Verkaufsslogans: Kusch, nimm und kauf! Das sind undemokratische, unsoziale, unwürdige und respektlose Almosen, getarnt als: „wir tun etwas für die Menschen“. Der wahre Hintergrund: Wählerstimmen für Kurz von der Masse in Not zu bekommen und Masse an Spendengeld und Zuwendungen von den Nutznießern so einer Politik, den Reichen und Konzernen wie in den letzten Wahlkämpfen massiv geschehen.

Auch ÖGB-Spitzen („Corona-Tausender“ für die Alltagshelden) und SPÖ-Obere (Taxigutschein, Wirtshausgutschein) müssten wissen, dass so etwas eine ordentliche, dauerhafte Absicherung der arbeitenden Menschen nicht garantiert – im Gegenteil. Alles, was keine fixen, dauerhaften und fixierten Ansprüche

sind, verpufft als Einmalzahlung sehr schnell und befreit die Unternehmer von Verpflichtungen gerade im Niedriglohnsektor endlich existenzsichernde Löhne und Gehälter bezahlen zu müssen.

Diese „Gutscheindemokratie“ zu Ende gedacht überträgt zum Vorteil der Unternehmer die Last auf den Staat, die Länder und Gemeinden, also wieder auf die Allgemeinheit, wieder auf die Masse der arbeitenden oder arbeitslos gemachten Menschen, die durch ihre Steuern und Abgaben zu 80 bis 90% die öffentlichen Kassen finanzieren. Die großen Firmen und Konzerne zahlen kaum Steuern und die Reichen müssen für ihr Vermögen überhaupt keine Steuer zahlen.

### Führer-„Demokratie“

Kurz hat während der Corona-Pandemie klar gemacht, dass er sich nichts dreinreden lassen will. Die Grünen dienen ihm als demokratisches Behübschungs-Feigenblatt. Kogler darf poltern, Anschöber beruhigen. Was Corona-Sache ist, entscheidet der engste Beraterstab von Kurz. Nach welchen Kriterien dieser zusammengesetzt ist, kam zwar an die Öffentlichkeit, wie die Entscheidungen dort zustandekommen, ist undurchsichtig. Innenminister Nehammer darf den Kettenhund spielen und Polizei aufmarschieren lassen, Wien prügeln oder Anschöber mit dem „Ostererlass“ auflaufen lassen.

Auf die Kritik zur Aushebelung des Epidemiegesetzes 1950 und die Beschwerde wegen des Covid-Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) antwortete Kurz überheblich und höhnisch: Der VfGH wird entscheiden, aber dann wird eh alles schon vorbei sein. Frei nach dem Motto: ihr könnt kritisieren was ihr wollt, ich mache was ich will.

Kurz hat schon öfter durchblicken lassen, dass er im Fall des Falles auch wieder alles autoritär runterfahren lassen will.

Damit das nicht nötig sei, propagierte die enge Kurz-Beraterin Mei-Pochtler, Leiterin der internen Zukunfts-Denkfabrik im Bundeskanzleramt, die von der Uniqua finanzierte Rot-Kreuz Stopp-Corona



Überwachungs-App, weil „*ich glaube, die Leute werden diese Kontrolle von sich aus wollen*“ (orf.at, 4.5.2020). Doch die Menschen wollen die Zwangs-App bekanntlich nicht, weshalb die Regierung vorerst einen Rückzieher machen musste.

Mei-Pochtler, die im Aufsichtsrat von Puls24 sitzt und mit dem Chef der Wiener Industriellenvereinigung verheiratet ist, sagte in der Financial Times sinngemäß, dass es „*Maßnahmen am Rande der Demokratie*“ brauche. Empörend, aber kein Wunder, ist sie doch Anhängerin der „*Diktokratie*“, der „*diktatorischen Unternehmensführung*“ (Standard, 22.9.2003) und mit den „*Überwachungskapitalisten*“ des Silicon Valley, Google, IBM oder Microsoft, bestens vernetzt (zackzackzack, 4.5.2020).

Diese „*Diktokratie*“-Denkweise entspricht der von seinen politischen Beraterkreisen Kanzler Kurz vorgegebenen Linie und zugeordneten Rolle, Kurz als Führer aufzubauen. Und frei nach Mei-Pochtler im oben zitierten „*Standard*“, muss die Marke Kurz spüren, „*mit eiserner Disziplin*“.

So erklärte ja Kurz bereits am Tag der Aufkündigung der Koalition mit der Führungspartei FPÖ nach Ibiza am 18. Mai 2019, selbst Führer sein zu wollen, dass es „*einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben sollte, die das Land führen möchte*.“

Kurz braucht den „*permanenten Ausnahmezustand*“ und den Kult um seine Person, um sich inszenieren zu können. Das ist nicht nur teuer, sondern auch politisch gefährlich für die Demokratie.

### Regierung & Corona:

#### Mehr Glück als Verstand

Den mega Corona-Infektionsherd in Ischgl, mit schwerwiegenden Infektions- und Todesfolgen für Österreich und ganz Europa, ließ sie der (Tourismus-)Wirtschaft wegen geschehen – bislang ungestraft.

Hauptsächlich verantwortlich für den bislang relativ glimpflichen Verlauf der Corona-Pandemie in Österreich waren:

- die disziplinierte Bevölkerung
- die hunderttausenden Menschen, die für die Aufrechterhaltung unseres täglichen Lebens sorgen, im speziellen Fall insbesondere das Gesundheits- und Pflegepersonal
- vor allem der Umstand, dass Österreich die Behandlung und Versorgung von Covid-19-Patienten genug Intensivbetten zur Verfügung hatte
- weil es den Regierungen nicht gelang, den von Weltbank, IWF, OECD, oder EU seit 30 Jahre geforderten „*Sparkurs*“ im öffentlichen Gesundheitssystem vollends durchzuziehen

- weil es gegen die Kürzungen im Gesundheitssystem passiven und zum Teil massiven aktiven Widerstand der Bevölkerung, bei

den Beschäftigten und in der Ärzteschaft gab  
 NICHT jedoch: das autoritäre Auftreten der Kurz-Kogler-Regierung,

die Aushebelung der Demokratie, die wirren Verbote und Gebote, der Polizei- und Militäreinsatz, die harten Strafen.

# Die Reichen müssen zahlen!

**Eine ganz wichtige Lehre aus Corona muss sein: das Gesundheits- und Sozialsystem muss ausgebaut werden!**



Foto Erwin Schuh

Nicht, wie das schon wieder „Gesundheitsexperten“ (IHS) verlangen, Spitalsbetten abbauen (oe24, 12.5.2020).

ÖGB und AK fordern ganz und gar berechtigt, dass die Millionen-Vermögenden einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müssen, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer **Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann.**

Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe auch kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, wegen der Schutzmaßnahmen eingeschränkte Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration dürfen nicht unter die Räder kommen.

Wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt

braucht die Unternehmenseite den Staat, die „Held\*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern.

Jetzt muss mit den 1,2 Millionen ÖGB- und über 3 Millionen AK-Mitgliedern gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Arbeitslosen, Student\*innen Druck aufgebaut und sichtbar und hörbar demonstriert werden.

Gemeinsam mit den Pensionist\*innen, die zuerst von Kurz und den Medien zu „schützenswerten Gefährdeten“ erklärt wurden, „wegen“ derer die Ausnahmemassnahmen notwendig geworden seien, aber jetzt zunehmend zu „Gefährderten“ abgestempelt werden, „wegen“ derer die Jungen ihrer Chancen beraubt werden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgefahren werden konnte.

Wenn wir jetzt handeln, nicht nur verhandeln, kann der weiteren Spaltung in der Gesellschaft entgegengetreten werden und können die autoritären Tendenzen zurückgedrängt werden.

**Es muss Druck gemacht werden – jetzt!**

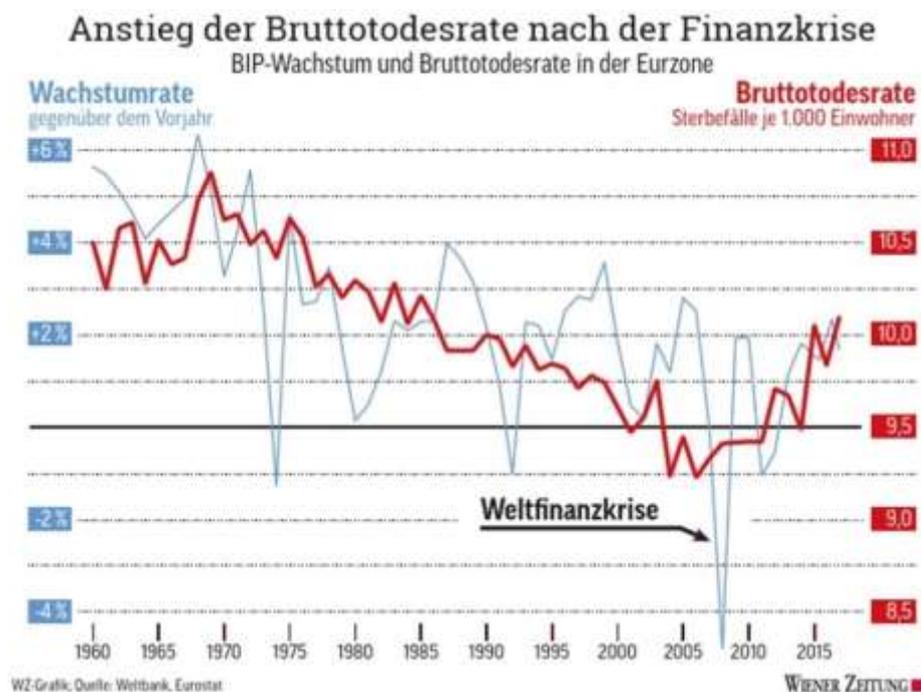
**Es muss Druck von unten gemacht werden, für Millionärssteuern und massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für soziale Absicherung mit genug Einkommen zum Leben auch bei (Dauer-)Arbeitslosigkeit.**

Es muss mobilisiert und auf die Straße gegangen werden. Auch die ohne Aufträge bzw. Arbeit dastehenden EPU's, neuen Selbständigen und Scheinselbständigen, die derzeit von Regierung und Wirtschaftskammer im Regen stehen gelassen werden, müssen aktiv einbezogen werden. So kann gleichzeitig aktiv für die volle Rückgabe aller demokratischen Grundrechte öffentlich und wirksam Druck gemacht werden.

- **Wir brauchen keinen „starken Mann“**
- **Wir brauchen keinen autoritären Staat!**
- **Wir brauchen einen kräftigen, solidarischen Sozialstaat!**
- **Wir brauchen aktive und direkte Mitbestimmung auf breiter Basis!**

# „Nicht nur Seuchen, auch Wirtschaftskrisen töten“

Das schreibt Arno Tausch, Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Corvinus-Universität in Budapest und Universitätsdozent für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, in der „Wiener Zeitung am 26. Mai 2020



Arno Tausch nennt „das neoliberale Regelwerk, das Europas Weg auch nach der Finanzkrise 2008 bestimmte“ (EU-Fiskalpakt und EU-„Rettungsschirme“, Anm. d. Red.), als Ursache. Dies „hat nachweislich die Todesraten emporklettern lassen ... Heruntersanierte Spitäler in Italien, Spanien, der Abbau der öffentlichen Leistungen und Dienste bis an die Grenze des Staatsversagens, wie etwa in Griechenland. Übertragen auf die Gesamtbevölkerung müssen wir von der These

ausgehen, dass in der Eurozone die 2008er-Krise und die Krisen danach zum frühen Tod von 1,76 Millionen Menschen geführt haben.“ (<https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2061817-Nicht-nur-Seuchen-auch-Wirtschaftskrisen-toeten.html#images-2>) Soweit der Autor.

Welche Schlüsse sind daraus für uns zu ziehen? Das heißt nicht, Corona nicht zu bekämpfen, das heißt nicht, notwendige und sinnvolle Maßnahmen

gegen das Virus nicht zu setzen. Es heißt auch nicht, Tote gegen einander aufzurechnen. Es heißt aber – und das zeigt die Statistik, dass eben Wirtschaftskrisen mit Sozial- und Gesundheitsabbau, mit dem Anstieg von körperlichen und seelischen Erkrankungen, mit weniger Arztbesuchen mangels Geldes und letztlich mit früherer Sterblichkeit einhergehen.

Wirtschaftskrisen haben genauso wie Seuchen und Pandemien die kapitalistische Profitwirtschaft als Ursache. Saubere, für Natur und Mensch taugliche, soziale und solidarische Produktion und Dienstleistung und daraus resultierendes nachhaltiges Arbeiten und Leben, machen und halten uns gesund, reduzieren die Entstehung von Krankheiten, menschengemachten Naturkatastrophen, usw.

Das heißt, wer Corona, Epidemien und Pandemien wirksam bekämpfen will, muss die Ursachen von Wirtschaftskrisen bekämpfen. Wer Wirtschaftskrisen wirksam bekämpfen will, muss die kapitalistische, bzw. generell die auf Profit statt auf Wohlstand und gutem Leben für alle ausgerichteten politischen und wirtschaftlichen Systeme bekämpfen und diese letztlich überwinden.

## 130 Jahre 1. Mai

Der 1. Mai 2020 wurde von der SPÖ in Wien wegen Corona abgesagt. Soweit so schlecht. Aber es kommt noch schlimmer. Wie wir heute auch offiziell wissen, war die Versammlungsfreiheit zwar nur eingeschränkt möglich, aber nicht gänzlich aufgehoben. Wir und auch etliche andere Gruppen, haben uns nicht stoppen lassen, am 1. Mai am Ring in Wien politisch aufzutreten. Der Ring und der Rathausplatz und vor dem Burgtheater, wo wir standen, waren bis in den Nachmittag hinein sozusagen politisch belebt. Kurz und die ganze türkis-grüne Regierung haben Corona gleich zum willkommenen Anlass genommen, den Kampftag der Arbeiter gegen Unterdrückung und Ausbeutung so weit wie möglich zu verunmöglichen. Durch Falschinformation, es sei verboten zu demonstrieren (war es nicht unter Einhaltung der Regeln) und durch Propaganda wie „am 1. Mai dürfen wieder die Geschäfte aufsperrn“. Tatsächlich durften sie das ab 2. Mai. Aber die Botschaft der Konservativen und Reaktionäre war klar: Geschäft machen ja, Arbeiterrechte öffentlich einfordern, nein. SPÖ- und ÖGB-Spitzen sind der Regierung auf den Leim gegangen. Oder waren sie gar froh, eine Ausrede gehabt zu haben? Hoffentlich nicht!



# 65 Jahre Staatsvertrag

## Freiheit – Unabhängigkeit – Neutralität Gegen Faschismus und Krieg

**Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!**

### Aktive Neutralitätspolitik und Selbstbestimmung mit aktiver und demokratischer Teilnahme der Menschen

- \* **statt** Teilnahme an der EU-Kriegsunion (PESCO) und NATO-Kriegsvorbereitungen
- \* **statt** Orbanisierung Österreichs
- \* **statt** Überwachung
- \* **statt** Militarisierung
- \* **statt** Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen
- \* **Ausbau von Sozialstaat** und Gesundheitssystem
- \* **Arbeitszeitverkürzung** gegen Massenarbeitslosigkeit
- \* **Reiche und Konzerne zur Kasse** statt Krisenbewältigung auf Kosten der Steuerzahler
- \* **Mehr Demokratie** statt Überwachungsstaat im Windschatten von Corona
- \* **Schutz** vor Arbeitsplatzverlust, Lohn- und Gehaltskürzungen sowie Verarmung
- \* **Erhöhung** von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung („Sozialhilfe neu“)
- \* **JA zu Neutralität und Sozialstaat**
- \* **NEIN zu EU- und NATO-Aufrüstung** und der Teilnahme Österreichs daran
  - 80% der Österreicher\*innen sind für die Beibehaltung der Neutralität
  - 66% der Österreicher\*innen sind gegen ein stärkeres militärisches Auftreten der EU
- \* **Klimaschutz** statt Profitschutz
- \* **Solidarwirtschaft** statt Profitwirtschaft!

Die Wirtschaft bekommt Milliarden, gleichzeitig sind an die 600.000 Menschen arbeitslos und mehr als 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Die Regierung bereitet den Weg vom Casino-Kapitalismus zum Corona-Kapitalismus mit noch mehr Sozialabbau und Demokratieabbau vor. Hinter den Schlagworten „neue Normalität“, „Digitalisierung“ oder „Deregulierung“ folgt der Abbau von Rechtsstaat und Demokratie, von Arbeitsplätzen und Arbeitsrecht, die Zunahme von Unternehmerwillkür und der Ausbau von allumfassender digitaler Überwachung durch Innenministerium, Polizei und Militär! **Dazu sagen wir NEIN!**

**Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen!**

**Wir tragen Masken, aber wir halten nicht den Mund!**

**Solidarität ist unsere Stärke – Widerstand unsere Chance!**

Mehr unter: [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

Impressum/Kontakt:

**Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg:** [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at) \* [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at)

**Österreichisches Solidaritätskomitee / proSV:**

<http://prosv.akis.at> \* [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

**Plattform pro Demokratie:** [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com) \*  
[info@prodemokratie.com](mailto:info@prodemokratie.com)



## Nebenstehendes Flugblatt

haben wir gemeinsam mit den *Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg* am 15. Mai 2020, zum **65. Jahrestag der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages** bei einer Kundgebung in Wien beim Museumsquartier verteilt.



Staatsvertrag und österreichische Neutralität sind durch die Politik der immer stärkeren Einbeziehung Österreichs in die EU-Aufrüstungs- und Kriegspolitik gekennzeichnet. Das widerspricht völlig dem Sinn und der verfassungsrechtlichen Grundlage von Staatsvertrag und Neutralität.

Am 1. Juli 2020 werden 600 österreichische Soldaten für die EU-Kampftruppen (Battlegroups) vom Bundesheer zur Verfügung gestellt. Sie sollen auf Abruf für EU-Kriegseinsätze bereitstehen. Das ist neutralitätswidrig und Verfassungsbruch.

Deshalb beteiligen wir uns auch am 27. Juni 2020 um 14.00 an einer Protestkundgebung am Wiener Stephansplatz und laden alle dazu herzlich ein, uns dabei im Sinne der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs zu unterstützen.

**PROTESTKUNDGEBUNG**  
**JA zu Frieden und Neutralität**  
**NEIN zu EU-Battlegroups**  
**und zu EU-PESCO**  
**Sa., 27. Juni 2020, 14.00 Uhr**  
**Wien, Stephansplatz**

## Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

### Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

147/20

Einsenden an:  
**Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,  
1070 Wien, oesolkom@gmx.at**

#### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen  
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

#### Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift  
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-  
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-  
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070  
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift  
ist die des obgenannten Vereins.

**Solidarität mit den Beschäftigten in der Sozialwirtschaft**

## **Im Windschatten von Corona kam es zu einem beschämenden KV-Abschluss für die Sozialwirtschaft (SÖW)**

Gewerkschaftsspitzen fallen den sowieso und erst jetzt in der Corona-"Krise" besonders belasteten Beschäftigten in den Sozial- und Gesundheitsberufen mit einem beschämenden KV-Abschluss in den Rücken, indem sie den Arbeitgeber-Vorschlag auf einmal als akzeptabel annahmen.

Statt 35 Stundenwoche erst ab 2022 eine 37 Stundenwoche. Stillhalteabkommen auf 3 Jahre, heuer 2,6% Erhöhung, in den nächste zwei Jahren 0,6% über der Inflationsrate. Statt die derzeit breite Unterstützung in der Bevölkerung für "die Held\*innen der Coronakrise" zu nutzen, dass SÖW-Arbeitgeber und SÖW-Beschäftigte gemeinsam auf die Regierung Druck machen (wie die Wirtschaft), um von der Regierung mehr Geld für diesen Bereich zu bekommen, weil ja die öffentliche Hand, um diese teuren Aufgaben nicht selbst machen zu müssen, hier viele Institutionen fördert, weil das billiger kommt als im öffentlichen Dienst Personal selbst zu beschäftigen.

Stattdessen wurde im Namen der "Verantwortung zu Zeiten der Coronakrise" der Einsatz, der Kampf der Beschäftigten abgewürgt. Die Wirtschaft bekommt 38 Milliarden wie nix, die SÖW-Beschäftigten nicht einmal Brosamen dafür, dass sie helfen, tagtäglich alles in Gang zu halten.

Die Gewerkschaften GPA-djp und vida haben den Beschäftigten und sich selbst keinen guten Dienst erwiesen. Woher will man die nächsten Pflegekräfte einfliegen? Unglaublich menschenverachtend!



## **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser\*innen und Aktivist\*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team**

## **Spenden-Konto**

**Einzahlungen** mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

**EmpfängerIn:** ÖSK / **Verwendung:** Spende

**IBAN:** AT85 6000 0101 1022 7626

**BIC:** BAWAATWW

**Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung wiederherstellen!**



### **Datenschutzerklärung:**

Wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen (ÖSK)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch das „ÖSK“ zu den oben angeführten Zwecken.